

Ausbau des Radverkehrs weiter forcieren

Region Hannover (Nds). Gut 65 Millionen Euro stehen im Rahmen des von Land und Bund vereinbarten Sonderprogramms „Stadt & Land“ für die Förderung von Radverkehrsvorhaben in Niedersachsen zur Verfügung. Für die Region Hannover das richtige Signal, um den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur weiter voranzutreiben. „Wir haben in den vergangenen Jahren bereits stark in den Radverkehr investiert. Diese Bundesförderung hilft diesen Weg weiterzugehen“, sagt Ulf-Birger Franz, Verkehrsdezernent der Region Hannover.

Mehr als 250 Maßnahmen umfasst das Bauprogramm der Region Hannover an Straßen bis 2024, darunter etliche Radwege wie etwa in der Wedemark zwischen Scherenbostel und Wiechendorf an der K 102, von Burgdorf nach Uetze an den B 188 und in Hemmingen die Radwegbrücke an der K221 sowie zwischen Wilkenburg und Harkenbleck an der K 222. Das neue Förderprogramm sieht eine Übernahme von bis zu 80 Prozent der Kosten im Jahr 2021 und bis zu 75 Prozent der Kosten in den Jahren 2022 und 2023 vor. Noch sind die Kriterien nicht definiert. Angekündigt wurde aber, dass es um den prakti-

schen Ausbau der Infrastruktur gehe. Dass es nicht immer um besonders innovative und ausgefallene Projekte gehen muss, um eine Förderung zu erhalten, begrüßt Franz. Ideen gebe es genug: „Ich kann mir gut vorstellen, dass man ein Brückenprojekt über den Mittellandkanal ins Auge fasst. Aber auch noch mehr gute Abstellanlagen oder Fahrradtürme sind mit der Förderung gut möglich. Die Mittel eröffnen uns die Möglichkeit, noch mehr zu schaffen als wir uns ohnehin schon vorgenommen haben“, so der Verkehrsdezernent. Voraussetzung sei eine pragmatische Regelung: „Das Geld hilft uns nur dann, wenn wir nicht ausschließlich mit der bürokratischen Beantragung beschäftigt sind, sondern uns um die Umsetzung kümmern können“. Daher sei Augenmaß gefordert, um die sinnvolle Verwendung der Mittel zu gewährleisten und keine ausufernde Prüfkaskade auszulösen.

Franz regt an, schon jetzt über eine Verlängerung des Programms nachzudenken. Schließlich seien die Personalkapazitäten, um Radverkehrsprojekte zu planen und umzusetzen, begrenzt. Zudem müsse im Haushalt der Region Hannover die Gegenfinanzierung eingeplant sein.

Text: Region Hannover, Foto: Symbol

